

zient aus dem Staatshaushalt finanziert. Die Organisation der S. beruht auf dem Prinzip der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Realisierung der S. Die S. der Arbeiter und Angestellten, Kernstück der S. in der DDR, wird vom FDGB geleitet. Die Leitung erfolgt entsprechend den Prinzipien des demokratischen Zentralismus durch die gewählten Organe des FDGB. Beim FDGB besteht eine Verwaltung der S. des FDGB. Sie führt im Aufträge des Bundesvorstandes sowie der Bezirks-, Kreis- bzw. Stadtvorstände des FDGB die Aufgaben der S. der Arbeiter und Angestellten durch. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen führen in den Betrieben die Aufgaben des FDGB auf dem Gebiet der S. durch. Sie lösen ihre Aufgaben mit Hilfe der Räte für S. und der in den Gewerkschaftsgruppen gewählten Bevollmächtigten für S. Bei der S. der Staatlichen Versicherung der DDR bestehen Beiräte für S. Über die Gewährung von Kuren der S. entscheiden die Kurkommissionen der Vorstände des FDGB bzw. der S. bei der Staatlichen Versicherung. Gewählte Beschwerdekommisionen für S. entscheiden über Beschwerden der Werktätigen in S.sangelegenheiten.

Spaltung Deutschlands: Bezeichnung für eine Reihe von Maßnahmen der imperialistischen Westmächte und reaktionärer Kräfte in den Westzonen zur Restauration und Sicherung der monopolkapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, die unter Bruch der Beschlüsse der —► *Antihitlerkoalition* zur Bildung eines imperialistischen Separatstaates aus den drei westlichen Besatzungszonen und zur Spaltung Berlins führten. Die gemeinsamen Beschlüsse der Großmächte der Antihitlerkoalition, insbesondere das —► *Potsdamer Abkommen*, ermöglichten und forderten eine koordinierte Politik der Alliierten zur Vernichtung von Faschismus, Imperialismus und

Militarismus und zur Sicherung der demokratischen Umgestaltung in ganz Deutschland. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden diese Beschlüsse unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei gemeinsam mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften konsequent verwirklicht. In den westlichen Besatzungszonen dagegen betrieben die imperialistischen Westmächte und Kreise des deutschen Monopolkapitals unter Mißachtung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und unter offenem Bruch der gemeinsamen Festlegungen der Alliierten eine Politik, die das Ausscheiden Deutschlands aus dem imperialistischen Lager verhindern und die Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Staates vereiteln sollte. Nachdem alle Versuche gescheitert waren, die imperialistischen Ziele in ganz Deutschland durchzusetzen, begannen die Kräfte der Reaktion - unterstützt durch rechte Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften - mit ihrer Politik der separaten Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen, die über die Bizone (1946), den bizonalen Wirtschaftsrat (1947), die Trizone und die separate Währungsreform in den Westzonen (1948) zur Konstituierung der —► *Bundesrepublik Deutschland* führte (7. 9. 1949). Dieser Akt erfolgte ohne jegliche demokratische Legitimation, unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Der Hauptinhalt der imperialistischen Spaltungspolitik bestand in der wirtschaftlichen, politischen und schließlich militärischen Einbeziehung der BRD in das vom USA-Imperialismus geführte und gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten gerichtete imperialistische Paktssystem und in der völligen Restauration der Macht des Monopolkapitals in der BRD.

Am 7. 10. 1949 schufen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter